

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der SPD., Bezirk Schlesien

7. Jahrgang.

Freitag, 13. März 1925

Nummer 55

Anzeigenpreis: Die 16 gespaltene Millimeterzeile über deren Raum 10 Reichspfennige, Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familienanzeigen, Verleihen- und Verkaufsanzeigen 6 Reichspfennige - für komplizierten Satz Aufschlag. - Reklamepreis: Die 9 gespaltene Millimeterzeile über deren Raum im Text 50 Reichspfennige.

Bezugspreis: Im Abonnement der wöchentlich erscheinenden Zeitung für das Jahr monatlich 2,25 Reichsmark, wöchentlich 20 Pfennige. Einzelnummern durch den Buchhandel zu 10 Reichspfennige. - Redaktionen und Geschäftsstellen: Nr. 57, Postfach Nr. 10, Breslau 44, Preussische Provinzialdruckerei.

Das politische Testament Eberts.

v. Breslau, 13. März.

Einhundertzweiundvierzigmal hat der Sozialdemokrat Ebert als Nebenkläger vor den Schranken bürgerlicher Gerichte gestanden, um für seine verleihte Reichspräsidentenehre Sühne zu fordern. Einhundertzweiundvierzigmal flüchtete er sich in den Schutze der von seiner Partei jahrzehntelang belämpften Majoritätsbeleidigungsliste.

Es ging um große Dinge! Um keine „bürgerliche Ehrenhaftigkeit“, von der ein Mann wie Friedrich Engels einst schrieb, daß sie ihm „das Widerwärtigste“ sei, was er an gewissen Arbeiterschichten feststellen müsse. Der Herr Ebert aber führt den Kampf um diese Ehrenhaftigkeit bis über das Grab hinaus. In einer Erklärung, die das politische Testament des Sozialdemokraten und Reichspräsidenten ist, wirbt er in dem wiederbegonnenen Magdeburger Prozeß erneut um ihre Anerkennung. Um dabei Erfolg zu haben, muß er sich von allem entblößen, was ihm in den Verbaht bringen könnte, auch nur eines der von der Sozialdemokratie jahrzehntelang verkündeten Klassenziele der Arbeiterschaft ernst genommen zu haben.

Und Ebert erklärt: „Ich betone nochmals mit größter Bestimmtheit, daß ich nach meiner ganzen persönlichen und politischen Einstellung während des ganzen Krieges auf dem Boden der Landesverteidigung gestanden habe... Wir werden auch künftig zu der Politik stehen, die wir in unserer Erklärung vom 4. August 1914 bei uns haben.“ Deutlicher konnte Ebert nicht sprechen. Was er hier bietet ist nicht nur das Bekenntnis zur vergangenen, sondern auch zur zukünftigen politischen Dienstbarkeit. Er erklärt, auch weiterhin zur Politik des 4. August 1914 stehen zu wollen. Diese Politik war die Politik der Gefolgschaft der schwarz-weiß-rotten Fahne, der Gefolgschaft Wilhelm II., der Gefolgschaft der imperialistischen Mordpläne der deutschen Bourgeoisie. Wahrscheinlich, mit dieser Erklärung hat Ebert sein möglichstes getan. Die deutsche Bourgeoisie hat denn auch für das „Vermächtnis“ ihres toten Reichspräsidenten volles Verständnis.

In Magdeburg macht sie jetzt den Versuch, ihrem Ebert den Kranz bürgerlicher Ehrenhaftigkeit aufs Grab zu legen.

Das löblichste Urteil des ersten Magdeburger Prozesses ist ihr wirklich unangenehm. Der Freund der Herren Stinnes, Seckl, Luther hat ein Anrecht darauf auch ein moralisches Ehrengeleit zu erhalten.

Uns ist diese Angelegenheit, soweit sie Ebert als Person angoht, gleichgültig. Deshalb ist auch alles Geschrei der geizigen Stipendiaten in den sozialdemokratischen Redaktionen über kommunistische „Leichenhandlung“ eine, gelinde gesagt, Dummbreit. Uns kommt es nicht auf den toten Ebert, wohl aber auf die lebendige Ebertpartei an!

Und all unsere Kritik an ersterem, bis zur Beurteilung dieses seines politischen Testaments ist für uns notwendig zur Kennzeichnung der Sozialdemokratischen Partei, die den Ebertkurs unbekümmert weiter steuert. Der Name ist gewechselt, die Sache ist geblieben. An Stelle Eberts ist Braun getreten, Braun, der Mann der großen Koalition, der Mann der jahrelangen „reibungslosen Zusammenarbeit“ mit der Stimmepartei, der Mann dem das Bürgertum dieselbe „staatsmännliche Mäßigung“ nachsagt, die Eberts „Größe“ gewesen sein soll. Dieser Braun, der Verantwortliche auch für den Severingkurs, der Verantwortliche für alle Maßnahmen der reaktionären preussischen Verwaltung gegen die Arbeiterschaft, dieser Braun ist sozialdemokratischer Präsidentschaftskandidat!

Die Aufgabe der Sonderausstellung Brauns darf die Arbeiterschaft nicht irreführen. Es kann nicht auf darauf hingewiesen werden, daß die Bourgeoisie ihr verbrecherisches Spiel mit verteilten Rollen spielt. Und Braun ist genau so ein Claqueur der deutschen Bourgeoisie, wie der Demokrat Helmpach, der Zentrumsler Marx und der Rechtsblodmann Jarres. Die Stimmen, die Braun erhält sind ebenfalls Stimmen für den bürgerlichen Reichspräsidenten. Ganz abgesehen davon, daß die Sozialdemokratie selbstvermächlich beim zweiten Wahlgang für einen bürgerlichen Sammelkandidaten eintreten wird, muß sich jeder Arbeiter heute darüber klar sein, daß seine Stimme, wenn er sie für Braun, für den Mann des politischen Testaments Eberts, abgibt, der Bourgeoisie keine schwere Stunde bereiten wird. Das deutsche Bürgertum wird die sozialdemokratischen Stimmen auch als die ihren

Fünf Präsidentschaftskandidaten!

Ernst Thälmann, der einzige rote Arbeiterkandidat.

Berlin, 13. März.

Der Voebell-Ausschuß hat gestern abend den Monarchisten Dr. Jarres als gemeinsamen Kandidaten der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei sowie der „vaterländischen Verbände“ offiziell aufgestellt. Die völkischen Parteien werden wahrscheinlich auch für Dr. Jarres stimmen. Der Kandidat des Zentrums ist der vorgestern mit einer Stimme Mehrheit gewählte Ministerpräsident Dr. Marx. Die Demokraten haben sich den unbekannteren Dr. Helmpach als ihren Sonderkandidaten erwählt. Die Sozialdemokraten blieben, trotz großer Meinungsverschiedenheiten in der Partei, auf Otto Braun für den ersten (!) Wahlgang bestehen. Roter Kandidat für beide Wahlgänge ist, wie wir schon mitteilten, der Transportarbeiter Ernst Thälmann.

buchen, die eben auf eine besondere Methode, eine andere, kluge, abgefeimte Methode ergaunert sind.

Jeder Arbeiter, der für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmt, macht sich damit selber zum Opfer dieser Gaunerei der Bourgeoisie.

Das politische Testament Eberts muß zur Scheidelinie im kommenden Reichspräsidentenwahlkampf werden. Es zeigt klar: Drüben die Politik des 4. August, die Politik des sozialdemokratischen Verrats, die Politik des bürgerlichen Millionenverbrechens - haben die Politik des Klassenkampfes.

Der Kandidat des Klassenkampfes ist Ernst Thälmann!

Er ist der einzige, der eine scharfe Kampfanlage für den Ebertkurs, wie es im politischen Testament Eberts festgelegt ist, bedeutet. Seine Wahl hat nicht nur demonstrative Bedeutung. Wir stellen oben fest, daß jede Stimme für Braun Befriedigung bei der deutschen Bourgeoisie auslösen wird. Wir brauchen nicht erst zu beweisen, daß jedes Eintreten für Ernst Thälmann die Position der Arbeiterklasse stärken wird, weil es der Bourgeoisie Klärung vor dem anwachsenden Lager der proletarischen Revolution abwinnt!

Republikanische Prozeßchronik.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 13. März.

General Dröner wurde gestern im Magdeburger Prozeß vernommen und sagte folgendes aus:

„Ich war im Januar 1918 Erster Generalquartiermeister, und ich war immer in der Lage und kann es durch Beispiele erhellen, daß wir vom ersten Tage an, wo die Oberste Heeresleitung mit der Volksgesamtheit Ebert zusammen einen Bündnis geschlossen hatte, immer auf das engste mit ihm zusammengearbeitet hatten. (Mit erhobener Stimme): Das deutsche Volk weiß heute noch nicht, was es Ebert verdankt. Er war der feste Punkt in Berlin, er hat durchgehends versucht, was von uns verlangt wurde, er hat sich stets auf den Boden der Obersten Heeresleitung gestellt.“

(Eigener Drahtbericht.)

Leipzig, 13. März.

In der gestrigen Verhandlung kam die „Erfürmung der Polizeiwache“ in Sosniza zur Verhandlung. Angeklagt sind in dieser Sache die Genossen:

- Bruderigenschaftsführer Karl Behr, Arbeiter Paul Sammel, Johann Malz, Paul Schmuckfeld, Arbeiter Max Dlugosch, Schlosser Karl Gatz, Gastwirt Brilla und Schmied Franz Sonnenberg.

Die Führung der proletarischen Hundertschaften soll der Angeklagte Schnurpfeil gehabt haben. Es folgte in der Verhandlung die Vernehmung verschiedener Zeugen, die von dem groß angelegten Pläne, die Erfürmung von Klewitz „einwandfrei“ Material vorlegen sollten.

Vom Tage.

Die Haftentlassung der Gebrüder Parmat wurde vom Untersuchungsrichter abgelehnt.

Wiesbaden soll der ständige Sitz der Völkerverbundkontrollkommission für die entmilitarisierte Rheinzone werden.

Die Filiale München der Deutschen Werte wird geschlossen. Das gleiche Schicksal droht dem Werke Bamberg.

Vor dem Generalstreik der Eisenbahner.

Unter dem Druck der Eisenbahner sahen sich die Verbände gezwungen, folgenden Aufruf zu erlassen:

An alle Eisenbahner des Bezirks Berlin!

Die Würfel sind gefallen. Die erweiterten Vorstände der unterzeichneten Organisationen haben gestern, den 11. März, beschlossen, den Kampf gegen die unerhörte Prohibition der Reichsbahnverwaltung auf breiterer Basis im Reich aufzunehmen. Kollegen in Berlin! Eure Brüder auf den Güterböden und Umladestellen stehen seit Freitag voriger Woche im gerechten Kampf. Allen Drohungen zum Trost stehen die Kollegen fast reiflos geschlossen da. Nicht länger mehr dürfen diese Kollegen allein kämpfen. In Euch ergeht jetzt der Ruf: Heraus aus den Betrieben! In keiner Dienststelle, ob Rangdienst, ob Bahnmeisterei, oder Bahnhofsdienst und sämtliche Bahnbetriebswerke, überall, wo Arbeiterbrüder tätig sind, muß dieser Ruf ein tausendfaches Echo finden. Denkt an die Zurückeroberung der achttündigen Arbeitszeit und an eine menschenwürdige Entlohnung! Kollegen! Alles ist von unserer Seite versucht worden, um eine Einigung zu erreichen. Hohnlachend weist man Euch ab. Keinen anderen Ausweg gibt es als den Kampf, der Euch aufgegeben worden ist. Berliner Eisenbahner zeigt daß Ihr noch die alten Kämpfer seid, hattet aus und unter ist der Sieg!

D. E. B. Bezirk Berlin, Ortsgruppe Berlin.

G. d. E. Berlin UEB, Berlin, Reichsgewerkschaft, FDB.

Heute wird nun das Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Dr. Mebes tagen. Die Vertreter der Verbände dürfen sich auf keinen Fall mit einem faulen Kompromiß abweisen lassen. Die Reformisten wollen es heute absolut zu einer „Einigung“ kommen lassen, selbst wenn die Reichsbahndirektion die Forderungen der Eisenbahner nicht bewilligt. Die Eisenbahner müssen also den Druck auf die Verbände verstärken und dem Beispiel der Berliner Kollegen folgen.

Die Stimmung im Reich.

(Eigener Drahtbericht.)

Leipzig, 12. März.

Die Leipziger Eisenbahnbeamten haben in einer Versammlung den schärfsten Protest gegen die Verschlebung der Verhandlungen erhoben. In der Arbeiterschaft wächst die Streikstimmung.

(Eigener Drahtbericht.)

München, 12. März.

Die Eisenbahnarbeiter der Bahndienststelle Hof (Bayern) haben die Arbeit niedergelegt. Im gesamten Betrieb wird gestreikt. Hof ist ein wichtiger Verkehrspunkt.

(Eigener Drahtbericht.)

Mannheim, 12. März.

In Karlsruhe und Mannheim Eisenbahnerversammlungen. In Resolutionen wird der Streik gefordert.

Generaldirektor Defers Dienstwohnung

Die Reichsbahnverwaltung malt vor der breiten Öffentlichkeit die Gefahr eines Zusammenbruchs des gesamten Wirtschaftens an die Wand, wenn sie die Forderungen der Eisenbahner - und sei es auch nur den Betrag von 3 Pfennigen Wohnungszuschlag pro Stunde - bewilligt. Denkt die Reichsbahnverwaltung vielleicht, daß ihre Lohnsklaven nicht wüßten, daß die Reichsbahn einen offenen Goldbeutel für die „oben“ hat? Denkt sie, es ist unbekannt, daß der

Generaldirektor Defers ein Jahreseinkommen von Summa Summarum 240 000 Goldmark hat?

Oder sind die Diktatoren der Reichsbahn so einfältig und nehmen an, daß die Proleten „Verständnis“ dafür zeigen, daß sie hungern und dem Herrn Generaldirektor

für den Entwurf (!) seiner Wohnungseinrichtung sage und schreibe fünftausend Goldmark - und auch die erst vorläufige - bezahlt werden?!

Die hungernden Eisenbahner wissen, was den Mitgliedern des Verwaltungsrats an Geldern für Sitzungen ausgelassen wird.

Rampf der Lutherregierung!

Rede des Genossen Rosenberg auf dem 9. Bezirksparteitag.

In Striegau wird gegenwärtig der Prozeß gegen 40 Arbeiter geführt, die dem Reichsbanner schwarz-rot-gold angehören und die glauben, das Recht zu besitzen, die deutsche Republik zu führen. Dieses Vorkommnis zeigt klar, daß der Wille der Arbeiter zum Kampf vorhanden ist. Die Folgen dieses Prozesses müssen sein, daß die Arbeiter, die von der Republik verurteilt werden, zu uns kommen müssen. Die Zukunft gehört uns und nicht der SPD.

Bei der Wahl des Reichspräsidenten will die Reaktion ihren Siegeszug der letzten einhalb Jahre krönen, indem sie sich einen „Heinen Wilhelm“ auf den Thron setzen will. Dieser Siegeszug hat im Oktober 1923 eingeleitet, als in Deutschland die Räterepublik drohte. Stresemann sagte damals: „Wenn nicht alles klappt, werden wir die letzte verfassungsmäßige gewählte Regierung sein“. An der Niederlage, die wir dann erlitten haben, tragen wir selbst viel Schuld. Im Winter 1923/24 hatten wir dann die rein bürgerliche Regierung Marx. Der Wahltag wurde beseitigt. Löhne abgebaut, Beamte abgebaut. Wir bekamen überall rein bürgerliche Regierungen: im Reich, Bayern, Württemberg, Thüringen, Mecklenburg, Bremen usw. Überall flohen die Sozialdemokraten von ihren Posten. Die Industrie machte ungeheure Gewinne. Die Mitumkäufer fielen weg. Während des passiven Widerstandes erhielten die Ruhrindustriellen 700 Millionen Goldmark. Stinnes stellte damals ein Ultimatum an die Regierung: „Wenn nicht gezahlt wird... wenn wir nicht folgen, dann muß das Rhein-Ruhrgebiet abgeschrieben werden. Der VVN unterstützte Stinnes indem er am 20. Oktober 1923 an die Regierung schrieb: „Wenn wir nicht zahlen, verfallen wir der Herrschaft Frankreichs.“

Jetzt haben wir die monarchistische Lutherregierung. Ebert hat sehr passiv, denn seine Mission war bereits erfüllt. Er interessiert uns heute nicht mehr, denn er ist schon längst abgewatzen. Der Reichsbürgerblock (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Banische Volkspartei, Wirtschaftspartei) stellt die Gruppe der Großkapitalisten dar. Die Völkischen, das Zentrum und die SPD sind die schwankenden Parteien der Mitte. Die Demokraten spielen keine Rolle. Die Völkischen haben ihren Einfluß verloren, denn man kann nicht zu gleicher Zeit gegen und für das Kapital sein. Die durch sie erzeugte schwarz-weiß-rote Stimmung machten sich die Deutschnationalen zunutze. Das Zentrum besteht aus drei Gruppen: 1. Arbeiter und Kleinbauern, die unter Führung von Brühl den linken Flügel des Zentrums bilden. 2. Die Industriellen und Grundbesitzer, die zusammen mit dem Reichsblock gehen. 3. Die reinen Katholiken unter der Führung von Stegerwald. Die SPD existiert in den letzten einhalb Jahren eine Niederlage nach der anderen. Der Verlust des Achtstundentages, der Abbau der Löhne, sind für die SPD keine Niederlagen, denn die Niederlagen der Arbeiterklasse sind keine Niederlagen für die SPD. Die Niederlagen bedeuten für sie das Hinandrängen ihrer Parteigenossen aus dem Staatsapparat und den Kommunen. Die Unternehmer befehlen was sie wollen und führen es durch. Sie nehmen dabei auf die Gewerkschaften keinerlei Rücksicht mehr. Die Unternehmer fürchten die SPD nicht trotz ihrer 8 Millionen Stimmen und 130 Abgeordneten im Reichstag. Die SPD kann und will nicht gegen die Bourgeoisie kämpfen. Deshalb die SPD führt wissen, daß die in Bewegung gebrachten Massen der reformistischen Führung entfallen werden. Unter der roten Fahne würden sich dann die Massen sammeln.

Bei der Dezemberwahl hat die SPD 2 Millionen Stimmen gewonnen. Der Stimmenzuwachs war besonders in Schlesien sehr groß. Wer war aber der Sieger bei der Wahl? Stalin legte einmal einem Journalisten: „Herr Wels bildet sich ein, Sie sind ein Journalist. Der Sieger aber war der rote.“ Und auch Wels erklärte einmal sehr richtig im Reichstag: „Die 2 Millionen Wähler der SPD wollen eine stabile Rentenmark. Darum haben sie die SPD gewählt.“ Das Resultat dieser Wahl hängt von den Hoffnungen der Wähler ab. Die harten Tatsachen

jedoch werden diese Hoffnungen zerstören. Der Erfolg der SPD ist lediglich ein Scheinerfolg.

Die innere Wirtschaftskrise in Deutschland wird immer größer. Das Passivum der Handelsbilanz für Januar beträgt 674 Millionen Goldmark. 674 Millionen Goldmark pro Monat ergibt in einem Jahr etwa 8 Milliarden Defizit. Also, um die von Deutschland benötigten Waren zu bezahlen, muß Deutschland seine Ausfuhr um 8 Milliarden Goldmark hergeben. Deutschland ist mit einem Fuß ohne Boden zu vergleichen.

Vor dem Kriege betrug das Volkseinkommen 40 Milliarden. Nach dem Kriege 20 Milliarden. Von diesen 20 Milliarden sind die Hälfte durch Steuer und Reparationen gestressen. 8 Milliarden dienen dazu, um die Passivität der Handelsbilanz auszugleichen. Es sieht also sehr faul aus im Staate Deutschland.

Weshalb hatten wir bisher keine große Krise? Die Arbeitslosigkeit ist in Deutschland kleiner als in Oesterreich und England. Die deutsche Wirtschaft arbeitet immer noch. Deutschland ist von wesentlichen Krisen verschont geblieben, weil es seit einem Jahr mit Krediten arbeitet. Amerika hat in Deutschland außer den 800 Millionen (Dawesabkommen) weitere 2 Milliarden als Privatgeld angelegt. Die deutsche Wirtschaft kann

An unsere Leser und Berichterstatter.

Eine technische Störung zwingt uns, in diesen Tagen den Umfang unserer Zeitung einzuschränken. Wir bitten, das zu beachten.

sich lediglich mit Hilfe des ausländischen Kredits halten. Doch die Krise nimmt heute immer größere Dimensionen an. Allein im Ruhrgebiet liegen 8 Millionen Tonnen Kohlen auf den Halben. Die Kohlenindustrie hat ihre Produktion von 90 Prozent im Monat Februar auf 85 Prozent im Monat März herabgesetzt. Die große Krise ist noch nicht da, aber sie naht sich.

Die deutschen Kapitalisten haben nur ein Mittel, um sich zu halten. Auspressung der Arbeiter durch Einführung des Zwölftätentags und durch Lohnraub. Um dies durchzuführen sind sie gezwungen einen scharfen Kampf gegen die Kommunisten zu führen. In aller nächster Zukunft wird die Streikbewegung um sich greifen. Der Eisenbahnerstreik ist das erste Zeichen. Er zeigt auch deutlich wie richtig die Kommunisten argumentieren, als sie gegen das Dawesabkommen sprachen. Der Mittelstand wird ebenfalls in die Bewegung hineingezogen werden, denn die Hoffnung auf Aufwertung ist eine Illusion. Den Kleinbauern geht es ebenfalls immer schlechter.

Die parlamentarische Maschine arbeitet für die Kapitalisten zu langsam. Den Kommunisten kann heute nur eins helfen und zwar die eiserne Faust. Ziel: branden sie, um die neuen Steuergesetze durchzusetzen.

Die Reichspräsidentenwahl ist von großer Bedeutung, weil der Reichspräsident mit dem Artikel allmächtig ist. Wenn sich der Reichspräsident und der Reichskanzler einig sind, können sie mit Hilfe des Artikels 48 die alleinigen Diktatoren von Deutschland sein. (Ermächtigungsgesetz.)

Wir stellen unseren eigenen roten Kandidaten aus, den bewährten Genossen Thalmann, weil für uns nicht die Frage lautet Monarchie oder demokratische Republik, sondern Monarchie oder Räterepublik (Diktatur des Proletariats, oder Diktatur des Proletariats).

Wir müssen mit allen Kräften in den Kampf um den Reichspräsidenten eintreten. Uns gehört die Zukunft, weil die ökonomische Entwicklung mit uns geht.

Die Bolschewisierung und die Arbeit unter den Frauen.

Von O. Sindwjem.

Es gilt, die Wahrheit offen herauszusagen: Die Arbeit der großen Mehrheit unserer kommunistischen Parteien unter den Frauen ist noch außerordentlich unzulänglich. Wenn wir mit der Arbeit unter den Frauen manchenorts die 2. Internationale überflügelt haben und jedenfalls nicht hinter ihr zurückgeblieben sind, so befinden wir uns mit der Arbeit unter den Frauen offensichtlich und ganz unvergleichsweise im Rückstand. Ansehnlich verfehlt eine große Anzahl von Kommunisten im Westen noch immer dabei, die Arbeit unter den Frauen als eine Sache zweiten Ranges, wenn nicht gar letzten Ranges zu betrachten. Es ist aber keinerlei erstklassige Bolschewisierung der kommunistischen Parteien möglich, wenn wir nicht auch die Frage der Arbeit unter den Frauen, das heißt der Organisierung der Arbeiterinnen, aller Proletarierinnen, und gleichfalls auch gewisser Schichten der Bürgerinnen in leninistischer Weise stellen.

Vom schablonenhaften sozialdemokratischen Standpunkt aus kommen die werktätigen Frauen erst dann politisch voll in Betracht, wenn sie das Wahlrecht zu den Parlamenten genießen und somit als „Stimmleh“ dienen können. Der Kommunismus, und erst recht der Leninismus, muß dagegen endlich begreifen: Jene Bewegung, die wirklich — im besten Sinne des Wortes — eine Massenbewegung des Volkes darstellt, muß in ihre Reihen auch die werktätigen Frauen einbeziehen. Jene Partei, die ernsthaft die proletarische Revolution vorbereitet, muß wissen, daß ohne die Beteiligung der Frauen an der proletarischen Revolution der Sieg unmöglich ist.

Die Geschichte der russischen Revolution bestätigt am klarsten jene Anschauung, daß sich der tatsächliche Massencharakter irgendeiner revolutionären Bewegung nicht am schlechtesten danach beurteilen und erweisen läßt, wie stark die Beteiligung der werktätigen Frauen an ihr ist. Schon in den großen bürgerlichen Revolutionen spielte die Frau eine ungeheure Rolle. Wir wissen zum Beispiel aus der Geschichte der großen französischen Revolution, daß die Frau einen nicht geringen Anteil an ihr hatte. Allein was in dieser Beziehung für die bürgerlichen Revolutionen gilt, muß noch mehr von den proletarischen Revolutionen gesagt werden. Größer als im Jahre 1789 und in den folgenden Jahren war die Rolle der Frau in der Pariser Kommune von 1871. In der proletarischen Revolution in Rußland in den Jahren 1917 bis 1923 war die Bedeutung der Frauen bereits eine riesige. Und es besteht keinerlei Zweifel darüber, daß in der begonnenen Periode des wirtschaftlichen Aufbaues der Sowjetunion die Rolle der Frau noch größer sein wird.

Erforderlich ist es, daß die Arbeit unter die Frauen nicht nur die Aufgabe dieser oder jener kleinen Gruppe von Pionieren oder häufiger von Pionierinnen der Frauenbewegung bildet. Diese Arbeit ist die Aufgabe der ganzen Partei. Man spricht vergebens von Bolschewisierung, wenn man dies nicht bezieht.

Die arbeitende Frau, die Mutter der werktätigen Familie, verliert auf ihrem Rücken am schwersten das Joch der kapitalistischen Wirtschaft. Die Steuerung des Lebensunterhalts, die unerträglichen Steuern, die Bürde aller möglichen „Pläne“ von der Art des Dawesplanes, die Schulbestände, der Druck des Wohnungsmangels — all dies lastet vor allem auf den Schultern der werktätigen Frau. Hierzu kommen noch die weiteren Plagen, die besonders schwer die Familie treffen, wie z. B. die Arbeitslosigkeit, die Rechtslosigkeit, die Prostitution usw. Dadurch findet der Umstand seine Erklärung, daß bei den Hilfsbewegungen die Frau nicht selten mit an allererster Stelle stand. Dadurch wird die andere Tatsache begreiflich, daß es beim Ausbruch der Revolution den Frauen zuweilen vorbehalten ist, geradezu entscheidend einzugreifen.

Die Bolschewisierung der Partei bedeutet vor allem: Fernan von die Massen! Die Partei bolschewisieren, heißt sie so zu gestalten, daß sie die breitesten Schichten der Werktätigen auf die Beine zu bringen vermag. Eine dieser Schichten sind die arbeitenden Frauen.

Wir haben oftmals die Gelegenheit gehabt, an die Frauenmassen heranzutreten. Es gilt, nimmer um jeden Preis, das Verlorene nachzuholen. Es gilt, der Arbeit unter den Frauen die allergrößte Aufmerksamkeit zu schenken. Es gilt, an diese Sache unsere besten organisatorischen Kräfte zu legen.

Wünschen wir, daß der Frauentag in diesem Jahre nicht nur unter allgemeiner Reden und nicht nur im Zeichen der Agitation verläuft. Wünschen wir vielmehr, daß er in einem Wendepunkt für alle unsere Parteien in der Organisation — der wirklichen Organisierung, nicht in Worten, sondern in Taten — der arbeitenden Frauen, aller werktätigen Frauen in den Städten und fernher auch auf dem Lande werde.

MESS MEND

Die Yankees in Leningrad
Copyright by
ModernVerlag, Wien 1924

Im leeren Kuchenschrank saßen aus dem Regal drei zerknabte Äpfel auf. Das Korn, Willings und Red harrten nacheinander auf des Besuchers.

„Wie verhält es sich aus den Augen?“ fragte Korn dem Matrosen nachblickend. „Junger! Sorrow hat was nicht erhascht, sie auf der Straße angustieren. — aber einen Spaziergang hat er uns nicht verweigert. Kommt ihr?“

„Schon auch, sind keine Herren.“ erwiderte Willings grinsend. „es kann ihnen Menschen in der Welt haben, wenn sie sie — mit einem gebührenden Takt, verweist sich — nach Hause begleiten.“

Sie griffen sich unter die Arme und folgten aus der dunklen Seite der Straße dem kleinen Matrosen.

Eine Kränzung schritten sie überwindend und lächelnd dahin, wenn Sorrow halt machte. Aber nachdem sie über ein paar Jänne gestritten waren und einen dunklen Hof passiert hatten, flüchtete Red seinen Kameraden zu.

„Junger, die Straße ist bremslich. Wie Orton wartet den beiden Beilern nach, die dort vor ihr gehen. Wir können ihr in das Haus nicht drinnen.“

„Schaut mal, sie geht erst nicht hinter ihnen! Versteht, was ich mein?“

Alle drei starrten entsetzt vor sich hin? Sorrow hatte gerade die Mauer des roten Hauses erreicht, was end die beiden Bettler in Horror versetzten. Aber in der nächsten Sekunde mußten sie lächeln unter ihr und lächeln, nach der sie aufhorchen konnte, eine schwarz-rote Öffnung in der Mauer, woraus eine lange, schwarze Hand sie am Kopf packte. — Ganz Augenblick später sah man wieder den Matrosen nach einer Öffnung wecheln.

Korn stützte flüchtig zur Mauer und hielt mit den Händen gegen sie.

„Esel, Idioten, Hunde!“ schrie er verzweifelt, „wir waren nicht einmal imstande, sie zu schützen!“

„Vorn!“ schrie Willings, brüllte nicht! Koch ist nicht alles verloren. Seht mal, das ist Kojka-Strasse 21. — es ist daselbe Haus, in dem sie gemohnt hat. Kommt, wir wollen den Portier aufsuchen, vielleicht läßt sich noch etwas machen.“

Und alle drei stürzten wie wahllos in den Hauseingang. „Mrs. Kowalowa?“ brüllte Willings, den Portier bei der Schwelle rufend. Dieser zeigte schweigend nach oben. Sie rannten die Stufen überstürmend, nach oben...

Die Situation wird immer schwieriger.

Sorrow schob die Tür auf die Uhr. Das Orton hätte schon zurück sein müssen. Er hatte ihr gesagt, sie sollte so schnell wie möglich laufen. Er lag hinter dem Wandbühnen auf ihrem Kopf und lag sich vor unerträglichem Schmerz auf die Lippen. Augen, Gesicht, Hände, Hals schmerzten wie den ununterbrochenen Brandwunden, der ganze Körper brannte wie mit Nadeln zerhackt. Von Zeit zu Zeit nahm keine Gebuld ein Ende, er begann zu schreien und sah zu wackeln.

„Korn!“ schrie er, lechzig Minuten... fünfzig Minuten... vierzig Minuten!“

„Was?“ — ein drohender Schrei gegen die Tür. Sie lag auf und Sorrow, Willings und Red stürzten Rott der erwarteten Kommer ins Zimmer. Sie haben sich jedoch um, bemerkten Sorrow und ließen mit verzweifeltem Gesicht auf ihn zu.

„Wo hat sie euch doch geirret?“ murrte Sorrow wie im Krampf. „Junger, ihr müßt mich hier herauslocken und nach Hause tragen. Es geht nur ihr Plebs!“

„Wie Orton ist verloren! Sie ist in einer Mauer verkrüppelt!“ schrie alle drei, ohne über den Gesundheitszustand ihres Partners auch nur ein geringes Besorgni zu sein.

„Wer ist verkrüppelt? Seid ihr toll geworden?“ rief Sorrow ärgerlich.

Aber sie jubelten fort, einander unterbrechend, zu schreien und das demerte so lange, bis Sorrow ihnen alles, was ihm unter die Hände geriet, an den Kopf geschleudert hatte.

„Willings, leg los, was ist los?“ fragte er mit nur Schmerz verzerrtem Gesicht, während Sorrow und Red die materielle Beweise ihres Junes aufhoben.

Sie stürzten in der Mauer verkrüppelt, Sorrow, die Junger sprachen die Wahrheit, begann Willings schreien. Und er behielt den ganzen Verlauf, sah zu Sorrow auf dem Brust sein liegen sehen, die Szene mit den Bettlern, die Jagd durch die Straßen und das unheimliche Verschwinden in der Mauer.

„Sie hatte sich also verirrt.“ jagte Sorrow nachdenklich, „und warum sie die Bettler verfolgt hat, das wird aus dem Ende der Geschichte klar. Ich will euch etwas sagen, meine Freunde. Zum Jammern ist jetzt keine Zeit. Ich habe die Spur der schwarzen Bande gefunden und weiß, was wir jetzt tun müssen. Jede Sekunde ist kostbar. Du, Red, lauf, so schnell du kannst, in die Apotheke und hole Wollschiffel. Du, Willings, hol eine Droschke, um mich nach Hause zu bringen und du, Korn, warte bei mir bleiben, denn ich will mit dir ein paar Worte sprechen.“

„Aber Wie Orton, Wie Orton!“ heulten alle drei auf. „Schweig und gehorcht!“ herrschte sie Sorrow an. Und diesmal gehorchten sie ihm tatsächlich.

Korn trat zum Bett und lehnte sich traurig am Kopfende nieder.

„Korn!“ begann Sorrow, vor Schmerz Grimassen schneidend, „ich habe mich entsetzlich verbrannt. Ich habe Tingsmalters Pfeffer nicht beachtet und von dem Krüppel des Natriums Gebrauch gemacht. Ich habe zu diesem Mittel gegriffen, um sie durch eine Mauer zu Gesicht zu bekommen. Ich habe sie alle gesehen. Acht Stück, Korn, aber einer wie der andere. Alle haben sie sich nach dem Rodekeller gemastert... Aber der Krüppel hat mich wunderbar verbrannt... Ich, wenn nur das Bett endlich da wäre!“

„Es muß gleich da sein, Sorrow.“ murrte Korn tröstend, „ich habe dir ja, Jurich weiter.“

„Die Verbrannten haben zu Rodekeller kein Vertrauen mehr. Sie werden ihn wahrscheinlich um die Ecke bringen, sobald sie seine Papiere in der Hand haben. Morgen haben sie eine Beratung im Lorum-Balbe, vergiß nicht, Lorum-Balbe: Du wirst diesen Balbe treu und quer durchlaufen müssen... O-o-o.“

Sorrow stieß einen unmenslichen Schrei aus und sank benutzlos auf das Kissen zurück.

„Und Wie Orton!“ rief Korn unwillkürlich aus. Das war übrigens sein letzter egoistischer Ausbruch. Nach kurzem sah dem Wollschiffel herein, Willings hatte schon die Droschke geholt. Sie riefen zu dritt den unglücklichen Sorrow ein und brachten ihn nach unten. Er kam nicht zu sich, weder durch langes Schütteln auf dem hölzernen Pfahle, noch durch die Bemühungen des herbeigeholten russischen Arztes.

(Fortsetzung folgt.)

Der rote Reichspräsident-
schaftskandidat, der Transportarbeiter
Ernst Thälmann

Spricht morgen, Sonnabend, abds. 6 Uhr auf dem Rosp. Pl.

Ernst Thälmann ist der Arbeiterkandidat. Er ver-
körpert gegenüber allen schwarz-weiß-roten und schwarz-
rot-goldenen Kandidaten den Klassenkampf des Prole-
tariats im Zeichen der
roten Fahne der Arbeiterrevolution.

Wer für Thälmann stimmt, legt dem schwarzrotgoldenen
Arbeiterbetrug und der schwarzweißroten Reaktion den
Kampf an. Wer Thälmann wählt, stellt sich in die
rote Front des werktätigen Volkes in Stadt
und Land.

Kein Prolet darf in der Sonnabendversammlung fehlen
Massen herans, zur gewaltigen Kundgebung für einen
roten Präsidenten!

Außer Thälmann brechen noch zwei ausländische
Kommunisten!

Bezirk West.

Freitag, den 13. März, abends 7 1/2 Uhr, Bezirkszellenver-
sammlung, Lokal Blaue Gasse, Frankfurter Gasse Schweiger Straße.
Sämtliche Betriebs- und Straßenzellen haben zu erscheinen.
Frauen sind mitzubringen. Thema: Warum stellen wir Thäl-
mann zum Reichspräsidenten auf?

Kommunistische Jugend, Ortsgr. Breslau.

Der Montag-Ausflug fällt wegen der Wahlzeit aus und
wird nach Beendigung derselben fortgesetzt.

Roter Jungsturm, Ortsgr. Breslau.

Alle Kameraden treffen sich am Sonnabend 5 1/2 Uhr am
Mimikerhof zum Abmarsch zur Kundgebung auf dem Rosp. Pl.
Öffe. willkommen. Die Bundesleitung.

Kommunisten helfen den Notstandsarbeitern.

Bericht der Stadtverordnetenversammlung am 12. März.

Jahresraum voll beschäftigt. Auf der Tagesordnung eine un-
zählige Reihe von Punkten. Prompt und effizient arbeitet die
Parlamentarische Kommission unter der Leitung des Holzhammers. Jeder
seiner seine Rolle und spielt diese ohne innere Wärme, wie der
Hampelmann an der Schnur.

Bei der Behandlung der Gaspreise werfen die Sozialdemo-
kraten den Vorschlag, die an die Ruhrindustrieellen geschpende-
ten 200 Millionen vor und protestieren gegen die Herabsetzung
der Gaspreise für Großabnehmer. Zur Antwort erhält er die
Kameraden Darmatz und Kuttischer zugewandt und die Be-
handlung, daß nur durch Massenabgabe der Gaspreise herabge-
drückt werden kann. Um über eine Massenabgabe zu erzielen,
müsse man den Großabnehmern zuvorkommend sein.

Bei der Debatte über die Marktfrage protestiert Ammon
(KPD) gegen die hohen Gewinne — 124.000 Mark jährlich, die
aus dieser herausgeschlagen werden. Moser (KPS.) spricht
ebenfalls gegen den Antrag. Der Antrag wird mit 73 gegen
3 Stimmen angenommen.

Die Wäcker werden lebhafter, als die Debatte auf den ge-
planten Kauf von Straßenbahnwagen kommt. Die Wagen die
in Breslau hergestellt werden, sind um 4000 Mark teurer als
die auswärts hergestellten. Die Vertreter des Kapitals führen
aus: Es scheint, als seien die Breslauer Unternehmer zu sehr
auf ihre Preise bedacht. Das ist aber nur Schein. Denn die
Berliner Wagen sind um 2400 Mark leichter. Auch wird der
Bau der Wagen in Breslau

400 Arbeiter für eine Beschäftigung von drei Monaten

geben. Das knappt der Mehrheit ein und deshalb bewilligt sie
zuerst einmal 100.000 Mark zum Ankauf von Motoren.

Die Wäcker fordern auf, als der Deutschnationaler Berg-
mann im Namen der evangelischen Eltern feierlich und erregt
protestiert, daß der Magistrat, ohne die Stadtver-
ordneten zu fragen, den sozialdemokratischen Rektor
Schremmer zum Stadtschulinspektor über die evangelischen
Schulen eingesetzt hat. Dazu müsse man, nach ihrer Ansicht,
Seser nimmt Friedrich seinen Parteigenossen in Schutz und
stellt fest, daß bei ihnen in der Partei Religionsprivatsache sei,
daß es ein Mitglied der evangelischen Landes-
kirche ist, sondern sagt ein eifriger Kirchgänger, ja, er habe sogar
Forderungen zur Reformation des evangelischen Bibelunterrichts
gemacht. Hierzu kommt die Feststellung, daß es im Reich sogar
Pastoren gibt, die der SPD angehören.

Kupke (KPS.) erklärt, daß es den Kommunisten gleich ist,
ob in Breslau ein sozialdemokratischer oder reaktionärer Kreis-
schulrat fungiert. Einem wie dem anderen fehlt der Wille,
Arbeiterinteressen zu vertreten. Auch beim Vorhandensein des-
selben könne ein einzelner nichts ausrichten, das System müsse
geändert werden. Die Kommunisten kämpfen nicht für die welt-
liche, sondern für die Sängerschule. Da Schremmer aber quali-
fizierter sei als ein Gegenkandidat, wollen sie den sozialdemo-
kratischen Kreis-Schulrat unterstützen.

Der Oberbürgermeister erklärt, daß über die Anstellung des
Kreis-Schulrats die Stadtverordneten nicht zu bestimmen
haben. Das sei Sache des Magistrats. Dieser habe lediglich
die Pflicht, die Stadtverordneten zu hören. Dieser Pflicht sei
er nachzukommen, indem er sich den Meinungsäußerungen der Wäcker
anhörte.

Kurz vor Schluss der Sitzung wird über den Dringlichkeits-
antrag der kommunistischen Fraktion verhandelt. Dieser stellt fest,
daß der Magistrat dem vor einigen Wochen gefassten Beschluß
nicht in vollem Umfang nachgekommen ist. Auch diesem Beschluß
sollte jeder Gewerbetreibende und Notstandsarbeiter eine einmalige

Betrieb und Werkstatt

Der Tod auf der Jagd nach Kohlen.
Kartten-Zentrum-Grube.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Kohlen, Kohlen und noch einmal Kohlen! Schreien die
Grubengewaltigen und ihre Knechte, das Aufsichtspersonal.
Ob Menschenleben dabei zugrunde gehen und die Gesundheit
ruiniert wird, ist den Profitjägern vollständig gleichgültig.
Bei uns auf der Grube sind wieder zwei Unfälle zu ver-
zeichnen. Dem Fördermann Strzoba wurde der Oberkörper
zerquetscht und dem Kameraden Brisch der Brustkasten.
Einmal wird das Maß doch voll sein.

Betriebsversammlung.

Schleifische Cellulose abritt, Gunnersdorf.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Die Versammlung am 2. März war sehr mangelhaft besucht.
Der Betriebsobmann Pohl gab Bericht über die Tätigkeit des
Betriebsrates im verflochtenen Jahre. Pohl, als ehemaliger Kommuni-
stischer Arbeiter im ganzen Hirschberger Tale unter der Arbeiterschaft
bekannt, konnte es sich nicht verkneifen, in seinem Bericht in

Arbeitsgebiet Waldenburg i. Schlef.

Sonntag, den 15. März, nachmittags 2 Uhr

Funktionär-Konferenz

in der Vorwärtshütte, Gernsdorf.

Alle Funktionäre müssen erscheinen.

Die Arbeitsgebietsleitung.

längeren Ausführungen die erbärmlichste Kommunistenbege-
nung zum Ausdruck zu lassen. Betreffs der Betriebszellenzeitung
und der allgemeinen kommunistischen Agitation im Betrieb drückt
er sich folgendermaßen aus: „Diejenigen, welche derartige Sachen
herausgeben und verbreiten mühten der Sozialdemokratie über-
geben werden.“ Also auf Deutsch gesagt: Kommunisten gehören
alle ins Zuchthaus. Er bekam ja auch gleich durch Zwischenruf
die richtige Antwort, er solle sich recht bald in Hirschberg bei der
Kriminalpolizei melden, vielleicht werden noch Spigel gebraucht
zum Scheit-Prüfung. Ein netter Arbeitervertreter und angehör-
der Bonze!

Weiter gab dieser Wapphahn in seinem Bericht bekannt,
daß er sich mit Betriebsleitung und Direktion unterhalten hat,
wie man am besten kommunistische Betriebszellen beschafft, und
er erklärte der Versammlung, daß Direktion, Betriebs-
leitung und Betriebsrat darüber einer Meinung wären,
daß die Kommunisten nicht ernst zu nehmen sind. Was steht
bei dieser Unterhaltung dahinter? Arbeitskollegen denkt darüber
nach. Hat nicht Pohl dieser tapferen Wapphahnmann, beim
Annehmen glatt Spigeldienste geleistet, ist das nicht gemein-
schaftlicher Arbeiterverrat? Dieser laubere Burde ist, nebstbei benehmt,
im Verein mit den Angehörten des Fabrikarbeiterverbandes
dabei, kommunistische Vertrauensleute abzuwürgen, oder auf die
gemeinste Art und Weise zu verkleunden.

Verbandsangestellte: Christoph sprach nun über die Ge-
werkschaftsfragen. Er kam dabei auf die Inflationszeit 1923
zurück und führte dabei aus, daß viele Arbeiter so weit abge-
stumpft waren, daß sie schon gar kein Interesse an ihrem
eigenen Familienleben gehabt hätten. Die kommunistische Pro-
paganda in Oberschlesien sei schuld an der Zerstückelung der Ge-
werkschaften. Von 125.000 kommunistischen Wählern hätten höch-
stens ein halbes Prozent aus Überzeugung gewählt. An-
schließend schiederte er die sozialistische Bewegung der Vorlesungs-
zeit. Bei der Hottentottenwahl (Reichstagswahl 1926) hätten
die Sozialdemokraten 23 Sitze verloren und 1912 wieder 50 Pro-
zent gewonnen. Wiedel waren dem bei dem damaligen Verlust
überzeugte Wähler? Das wollen diese Herrschaften bei den
Kommunisten nicht gelten lassen, daß in der Arbeiterbewegung
Mäulen und Zurechnen zu verzeichnen sind. Ganz wurde zum
Schluß der Betriebsrat Pohl noch herausgerufen, daß er von
sämtlichen Betriebsratsobmännern im ganzen Kreise am besten ge-
arbeitet hätte. Das mag in der Hitze gegen Kommunisten voll
und ganz zutreffen.

Wenn bei unseren reformistischen Gewerkschaftsangehörten
Betriebsräte bei der SPD und tüchtige Kommunistenreflekt
sind, dann haben sie praktische Arbeit geleistet.

Beihilfe von 10 M. für sich, 10 M. für die Frau und 5 M.
für jedes Kind erhalten. Dieser Pflanz war der Magistrat in
bezug auf die Notstandsarbeiter nur halb nachkommen, mit der
Begründung, die Notstandsarbeiter seien wirtschaftlich besser ge-
stellt als die Gemeindefunktionäre. Ammon (KPD.) sagt: diese
Zatsache als

eine Schande für die Stadt

fest. Nicht unschuldig ist auch die SPD, da inwolge ihrer Haltung
die Arbeiter aus den Gewerkschaften fliehen. Worauf die
Sozialdemokraten von kommunistischer „Schlagungsarbeit“ reden.
Moser (KPS.) spricht noch einmal für den Antrag und über-
die Notlage der Gewerkschaften. Er stellt fest, daß das Höchst-
einkommen eines Notstandsarbeiters mit einer Familie bis zu
fünf Kindern 23 M. und 55 Pf. pro Woche beträgt. Wenn schon
neue Steuern erhoben werden müssen, um das Defizit im Etat
von 2 Millionen zu decken, muß es möglich sein, auch die
15- bis 20.000 für die Notstandsarbeiter anzubringen.

Mit einer kleinen Mehrheit wird der Antrag der kommu-
nistischen Fraktion angenommen.

Der „verleumdete Donnerer“

Unter dieser häßlichen Epithete nahm die „Volkswacht“ zu
der Erklärung des Genossen Kohnstod und den Beröffent-
lichungen des Untersuchungsausschusses Stellung, am dem Ge-
nosse K. auf neue in gemeinsamer Weise zu verdächtigen
Genosse Kohnstod sendet uns nun folgende

Erklärung.

Die „Volkswacht“, das bekannte Verleumderblatt, be-
hauptet, es sei ihr nicht bekannt, daß jemand so leicht 200 Mk.

Arbeitskollegen in den Betrieben, steht euch bei den Betriebs-
ratswahlen derartige Leute genauer an und gebt dieser Gesell-
schaft endlich den wohlverdienten Fuhrtritt. Das können wir
nur erreichen, wenn sich alle Kollegen zusammenschließen in der
Organisation und mithelfen, die Gewerkschaften wieder zu wirk-
lichen Klassenkampforganen auszubauen.

Sarum, frisch ans Werk, durch Kampf zum Sieg!

Betrieb Segenheide.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Einzig dastehende Zustände haben sich bei uns entwickelt.
Gut Auszug der Direktion besteht keine Pflicht, Überstunden
zu machen. Wer sie macht, bekommt diese mit 25 Prozent Zuschlag
bezahlt. So lautet der Auszug. Die Praxis sieht anders
aus. Wir kennen Fälle, wo ein Arbeiter, der Überstunden
gemacht hatte, weniger Geld ausgezahlt erhielt, als ein an-
derer ohne Überstunden. Infolgedessen weigern sich die Ar-
beiter, Überstunden zu machen, worauf der Ingenieur Schütte
mit Entlassungen droht.

Ein Antreiber erster Sorte ist ein Borarbeiter auf dem
Unterwerk mit Namen Franz Bruggalla. Mit Schutznamen
kann er gut herumschmeißen, weil er nicht mehr arbeiten braucht
und vergessen hat, als wir noch zusammengearbeitet haben und
bei 8 Stunden Arbeitszeit 28 Mann in der Kolonne waren,
jetzt nur die Hälfte — 14 Mann — bei 12stündiger Arbeitszeit
daselbe leisten müssen. Dieser noble Herr kämpft von früh
6 Uhr bis spät abends. Aber nachsehen ob die Wagen ge-
schmiert sind oder ob dieselben einer Reparatur bedürfen, dazu
hat er keine Zeit.

Buntes Allerlei.

Methner & Fraue, Dierleppersdorf.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

In obiger Firma sind einige Entlassungen vorgekommen
worden, angeblich wegen Arbeitsmangel. Auf der anderen
Seite aber stellt man neue Arbeiter ein. Uns kommt es, als
wenn man den Betrieb säubern wollte von unliebsamen Per-
sonen. Es wäre an der Zeit, daß die Arbeiterschaft Herrn
Direktor Richter mit einer anderen Methode beehrte. Er
müßte sich doch selbst aus seiner Kasserstube an den Webstuhl
stellen, um dort das Material zu prüfen und sich so sein Brot
zu verdienen. Vielleicht holt er sich in 14 Tagen selbst seine
Papiere.

Abbau.

Glogauer Eisenbahnwerkstatt.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Hier sollen weitere 150 Eisenbahner entlassen werden. Den
Petroffenen ver sprach der Oberbürgermeister, mit der Regie-
rung Rücksprache zu nehmen. Wir, die Kommunisten, sagen
vorheraus, daß diese Rücksprache kein praktisches Resultat haben
wird.

Bei dieser Gelegenheit bitten wir die Glogauer Eisen-
bahner, sich daran zu erinnern, wie der SPD-Mann Laube-
dall den Kommunisten Arb. als Lügner bezeichnete, weil
dieser von der bevorstehenden Entlassung von 24000 Eisen-
bahnern sprach.

Nach bringen wir die Worte von Buchwiz in der „Frie-
densta-Plantage“ in Erinnerung. Dieser sagte: „Wenn Eisen-
bahner entlassen werden sollten, so werden zuerst die Reaktion-
nären genommen.“ Die Republikaner kommen bei Entlassungen
nicht in Frage.

Eisenbahner, Augen auf! Kämpft mit uns gegen die
Dames-Regierung und ihren Vakat, die SPD! Werdet Kom-
munisten! Lest die „Schlesische Arbeiter-Zeitung.“

Eine Niederlage.

Identische Fahrradwerke, Breslau.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Mit Zweidrittelmehrheit hat die Belegschaft beschlossen, die
Arbeit ab Montag, den 16. März, wieder aufzunehmen. Die
Akkordfrage ist durchschlüssig um 5 Prozent ermäßigt worden.
Unzweifelhaft bedeutet dieses eine Niederlage. Die Annahme
dieser Beschlechterung ist zurückzuführen auf die Streikarbeit,
die von Unorganisierten, wenn auch in geringem Maße, ge-
leistet wurde. Sonst hätte der Beiziger bei der Hochkonjunktur den
Streik nicht lange ausgehalten.

gehört bekommt.“ Ich stelle fest, daß es sich in dem ge-
nannten Falle um eine nicht rückzahlbare Unterfertigung han-
delt, die auf Antrag kranker städtischer Beamten gewährt
wird. Die „Volkswacht“, die genügend Beziehungen zu den
maßgebenden Instanzen hat, sind diese Dinge natürlich sehr
gut bekannt.

Sie schützt Unwissenheit vor, um desto schamloser ver-
leunden zu können.

Kollegen, die den Schmutzartikel der „Volkswacht“ lesen,
erklären: Dieses Schmierfinkenblatt werfen wir
leicht aus dem Hause.

Hieraus ist ersichtlich, wie die Arbeiterschaft die Ver-
leumdungen dieses Blattes einschätzt. Richard Kohnstod.

*

Zu der Erklärung des Genossen Kohnstod wollen wir noch
hinzufügen, daß dieser seit 18 Jahren in städtischen Diensten
steht und lebensgefährlich erkrankt war, als er die allen
kranken, städtischen Arbeitern zustehende Unterstützung in An-
spruch nahm.

Der Sozialdemokrat Neufriedrich hob in einer der letzten
Stadtverordnetenversammlungen diese Unterstützung kranker Arbeiter aus-
drücklich hervor. Die „Volkswacht“ überfällt einen städtischen
Arbeiter in gemeinsamer Weise mit Verleumdungen, wenn er von
dieser von Neufriedrich so gepriesenen Unterstützung Gebrauch macht.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz,
M. d. G., Breslau; Inzerate: Arthur Müller, Breslau.
Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau.
Druck: Neubag-Berlin, Druckereifabrik Breslau.

